

## Haushaltsrede 2007

vom Fraktionsvorsitzenden Ralf Wilke  
gehalten am 24.4.2007

### Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
Sehr verehrte Damen und Herren,

ein ausgeglichener Haushaltsentwurf, eine gute Wirtschaftsentwicklung in unserem Land und daraus folgend sprudelnde Steuereinnahmen, die hoffentlich in diesem Jahr auch für Velbert messbar werden: Beste Voraussetzungen für Zufriedenheit in der Politik vor Ort, so scheint es auf den ersten Blick. Spätestens beim zweiten Hinschauen wird aber klar, dass wir in unserer Stadt im Bezug auf den Haushalt längst nicht „über den Berg“ sind. Den Ausgleich des Etats schaffen wir nämlich hauptsächlich nur durch einen Einmaleffekt, den Verkauf von Anteilen der Wobau innerhalb der städtischen Beteiligungen.

Die Zukunft der Wohnungsbaugesellschaft hat in der politischen Diskussion des letzten Jahres eine große Rolle gespielt und wird auch in diesem Jahr von erheblicher Bedeutung sein. Einer erfolgreichen Unterschriftensammlung, bei der allerdings nicht immer sauber argumentiert wurde, folgte ein aus meiner Sicht völlig unnötiger Bürgerentscheid, der sein Ziel weit verfehlt hat. Wenn dies dann von einem Wuppertaler Gewerkschaftsfunktionär als „schallende Ohrfeige“ für den Stadtrat interpretiert wird, kann man nur fortgeschrittenen Realitätsverlust feststellen. Unnötig war der Bürgerentscheid, weil nach eigenen Angaben selbst seine Initiatoren nicht an das Erreichen der erforderlichen Zahlen glaubten. Unnötig war er auch, weil das jetzt als Konsens der großen Mehrheit angestrebte Ziel einer genossenschaftlichen

Lösung auch ohne den Entscheid zu vereinbaren gewesen wäre. Die Sozialdemokraten treten seit Monaten entschieden für dieses Ziel ein und haben auch andere davon überzeugt. Wir werden bei den weiteren Beratungen und Entscheidungen im Sinne einer genossenschaftlichen Lösung agieren, denn für die Mieter der Wobau bietet eine solche mitbestimmte Struktur die größtmögliche Sicherheit.

Für die Stadtentwicklung sichert sie mit ihren ortsnahen Entscheidungsfindungen den kommunalen Einfluss. Nicht zuletzt würde eine Lösung der gewünschten Art auch positiven Einfluss auf den Haushalt nicht nur dieses Jahres haben.

Positiv für den Haushalt unseres Jahres sind gestiegene Einnahmen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz des Landes: Dies darf nicht darüber hinweg täuschen, dass die Landesregierung in diesem Jahr den Gemeinden durch strukturelle Verschlechterungen etwa 360 Millionen Euro weniger zur Verfügung stellt. „Das Land zockt uns ab“, stellt dazu wörtlich Dr. Bernd-Jürgen Schneider, der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes von Nordrhein-Westfalen fest. Zusätzlich in die Zange genommen werden die kommunalen Finanzen durch die geplante Änderung der Gemeindeordnung, die die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden einschränkt, wenn nicht abwürgt.

Die Wirtschaft Velberts ist gekennzeichnet durch die immer noch bedeutende gewerblich-industrielle Struktur, bei der mehr als die Hälfte der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe tätig sind. Der Schwerpunkt liegt nach wie vor in der Schloss- und Beschlagindustrie. Die Kernkompetenz in diesem Bereich müssen wir pflegen und ausbauen. Der Verein „Schlüsselregion“ ist dabei hilfreich. Aber neben dem traditionellen Wirtschaftsfeld dürfen wir den bei uns noch unterentwickelten Dienstleistungsbereich nicht vernachlässigen. Eine bessere Verkehrsanbindung über die A 44 bietet uns Chancen, hier aufzuholen.

Ein wichtiger und zurzeit noch nicht ausreichend genutzter Standortfaktor ist unsere schöne niederbergische Landschaft. Dem Nahtourismus müssen wir mehr Aufmerksamkeit schenken. Die VMG, unsere Marketinggesellschaft, hat da bereits Akzente gesetzt. Wir sollten darüber nachdenken, ob nicht durch einen Ausschuss für Tourismus und Freizeit zusätzlich politische Gestaltungskraft in den Prozess kommt.

Die Umgestaltung der VMG mit klarer Aufgabenbeschreibung und Konzentration auf wichtige Arbeitsfelder war ein richtiger Schritt und zeigt erste Erfolge.

Die Diskussion über den neu aufzustellenden Flächennutzungsplan ist gekennzeichnet durch das Spannungsfeld von Schonung natürlicher Ressourcen einerseits und Möglichkeiten der Weiterentwicklung der Stadt andererseits. Innenentwicklung vor Außenentwicklung, darauf

haben wir uns in diesem Rat mit der Lokalen Agenda 21 und dem Strategischen Zielprogramm verpflichtet. Wir werden dieser Verpflichtung folgen. Das bedeutet jedoch nicht, jeden innerstädtischen Freiraum zur Wohn- oder Gewerbenutzung in Anspruch zu nehmen. Es bedeutet auch nicht, auf die mögliche Nutzung freier Flächen im Außenbereich für Wohnen oder Gewerbe vollständig zu verzichten. Dies käme übrigens einer Kapitulation vor den Herausforderungen des demografischen Wandels gleich.

Es heißt „Stadtumbau West“, hilft uns aber bei der Stadtentwicklung in der Velberter Nordstadt. Ein Schandfleck für diesen Teil der Stadt ist bereits fast verschwunden: Die Industrieruinen der ehemaligen Gießerei Beer sind im Abbruch. Dort wird ein Wohnquartier mit Einzelhandel entstehen. So wird auch eine Lücke in der Versorgung des Velberter Nordens geschlossen. Am Nordpark wird sich nach Abbruch des ersten Hochhauses das Wohnumfeld verbessern. Dort ist noch viel zu tun in den nächsten Jahren, um die Qualität der Lage richtig auszunutzen.

In Birth und Losenburg hat das Stadtteilmanagement seine Arbeit aufgenommen, ein Maßnahmenplan wird in Angriff genommen. Das Programm „Soziale Stadt“ hilft dabei.

Für Neviges ist der durchaus mutige Beschluss in diesem Rat gefasst worden, dem Bezirksausschuss eine besondere Verantwortung zu übertragen. Für die Entwicklung des Ortsteils sollen dort die wichtigen Beratungen stattfinden und Entscheidungen getroffen werden. Wir in der SPD-Fraktion werden uns daran mit Engagement beteiligen und sind gespannt, ob zielführend an der Zukunft von Neviges gearbeitet wird. Wir hoffen, dass Ideen und Vorstellungen nicht, wie leider oft üblich, im politischen Klein-Klein versanden oder populistischem Aktionismus anheim fallen.

Für Langenberg ist die Sanierung des Bürgerhauses der größte zu stemmende Brocken für die nächsten Jahre. Der Zeitplan ist ehrgeizig, wir halten an ihm fest.

Auch in Velbert sinken die Geburtenzahlen. Inzwischen sind haben etwa 50 % der Neugeborenen einen Migrationshintergrund. Daraus, aber nicht nur daraus, lassen sich zwei absolute Notwendigkeiten für die Politik in unserer Stadt ableiten.

1. Wir müssen uns um jedes hier geborene Kind kümmern. Kinder sind viel zu kostbar, als das wir es uns leisten könnten, einige davon nicht auf dem Weg zu einer guten Entwicklung und vielversprechenden Zukunft zu unterstützen.

2. Jede neugeborene Velberterin und jeder neugeborene Velberter muss sich in dieser Stadt zu Hause fühlen können, also integriert sein. Auch in dieser Beziehung können wir auf niemand verzichten.

Zu beiden Punkten mache ich einige weiterführende Bemerkungen.

Velbert ist eine familien- und kinderfreundliche Stadt. Auf dem Erreichten dürfen wir uns aber nicht ausruhen. Einige Beispiele für den Bedarf zu weiterem Handeln:

1. Das Land plant flächendeckend Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren aufzuwerten. Für Velbert sind 13 solcher Zentren geplant, 3 sollen noch in diesem Jahr ihre Arbeit aufnehmen. Dabei gibt es noch erheblichen Klärungsbedarf über Standorte, vor allem aber über Inhalte der Arbeit der Zentren. Die SPD möchte alle Beteiligten an einen Tisch bringen und hat eine Fachtagung noch im ersten Halbjahr 2007 beantragt.

2. Bei den Betreuungsangeboten für Kinder unter 3 Jahren will unsere Stadt eine führende Stellung im Kreis Mettmann erringen und ausbauen. Der Haushaltsplan sieht dazu einen verstärkten finanziellen Einsatz in Höhe von etwa 500.000 € vor. Das muss sich in den nächsten Jahren fortsetzen.

3. In Velbert gibt es viel gute und begrüßenswerte Angebote und Aktivitäten zur Förderung von Kindern und Jugendlichen. Vielfach sind diese Angebote jedoch nicht vernetzt und laufen parallel nebeneinander her. Die bisherigen Aktivitäten zum Bündnis für Familie laufen zwar in die richtige Richtung, ihnen fehlt jedoch die notwendige Durchschlagskraft.

Die SPD hat dazu ein Projekt beantragt, dessen Name „kibuz“ (Kinder bilden unsere Zukunft) nicht die Zustimmung des Fachausschusses gefunden hat. Inhaltlich jedoch unumstritten ist dass Ziel des Projektes, im Sinne des Grundsatzes „Prävention vor Intervention“ alle Akteure der verschiedenen Bereiche Gesundheit, Jugendhilfe, Schule und Arbeitsmarktintegration zu vernetzen. Auf gemeinsame Zielsetzungen muss man sich dort verständigen und entsprechende Maßnahmen gemeinsam in enger Kooperation durchführen.

Um das Projekt in der Anfangsphase nicht zu überlasten, soll zunächst ein Schwerpunkt auf den frühkindlichen Bereich von der

Geburtsvorbereitung bis einschließlich der Grundschule gesetzt werden.

Die Stadt übernimmt dabei die professionelle Projektkoordination.

Integration ist als Schlagwort in aller Munde. In unserer Stadt müssen wir jetzt verstärkt daran gehen, den Begriff mit Leben zu füllen. Zum zweiten Mal hat in Velbert eine umfangreiche Veranstaltung unter der Überschrift „Bildungsbausteine“ stattgefunden, die sich besonders an Migrantinnen und Migranten richtete. Ein Integrationsgipfel ist in der Vorbereitung. Der neue Vorsitzende des Integrationsrates, Cem Demircan, hat in Gesprächen mit dem Bürgermeister und der Verwaltungsspitze seine Ideen vorgestellt. Am kommenden Freitag findet der Auftakt eines „Integrationsstrainings für kommunale Entscheider“. Aus der Einladung dazu ein kurzes Zitat.

Es heißt dort in Schlagworten zu einer erfolgreichen Integrationspolitik: „Raus aus der Nische, hin zur gesamtstädtischen Querschnittsaufgabe. Weg von der Defizit- hin zur Potenzialorientierung. Politik nicht für, sondern mit Migranten machen.“

Mir scheint, dass frischer Wind in dieses wichtige Thema gekommen ist und Verwaltung und Politik seine Bedeutung zunehmend erkennen. Rückblickend war in diesem Zusammenhang auch die Umgestaltung des früheren Ausländerbeirates in einen Integrationsrat richtig.

Auch in Velbert sinken die Schülerzahlen, übrigens besonders in den Ortsteilen Langenberg und Velbert-Mitte. Die Schulstruktur muss daran angepasst werden, was durch die Zusammenlegung zweier Grundschulen in Langenberg und zweier Grundschulen in Velbert-Mitte erfolgt. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass dieser Prozess in unserer Stadt bislang recht reibungslos verläuft, anders als in umliegenden Städten.

Nicht standfest erwiesen sich die beiden Hauptschulen in Velbert-Mitte. Für die Schule „Am Baum“ bezieht sich dies auf die jetzt festgestellten Gebäudemängel aus den Fünfziger Jahren. Schnelles Handeln war erforderlich, durch gute Zusammenarbeit zwischen Schule und Schulträger konnte der Unterricht für eine Übergangszeit in zwei Gebäuden sichergestellt werden. Die Pestalozzi-Schule hat seit Jahren mit Schülermangel zu kämpfen, dies ist auch bei den Anmeldungen zum nächsten Schuljahr zu vermehren, ungeachtet der sehr guten pädagogischen Arbeit, die dort geleistet wird. Aus den beiden sehr unterschiedlichen Problemlagen der Hauptschulen haben wir vor, das Beste zu machen: Beide Schulen werden zusammengelegt und in einem neuen Gebäude mit zeitgemäßer Ausstattung ihre Arbeit fortsetzen. Eine entsprechende Teilfinanzierung ist in diesem Haushalt vorgesehen. Damit kommen alle Hauptschüler in Velbert in den Genuss der Ganztagsbeschulung. Das Angebot der Offenen Ganztagsgrundschule findet darin seine sinnvolle Fortsetzung.

Wir Sozialdemokraten haben die Einrichtung einer privaten zweiten Gesamtschule begrüßt und kräftig unterstützt. Gleichwohl ist die Zahl der Ablehnungen an der städtischen Gesamtschule unverändert hoch, dem Elternwillen wird hier nach wie vor nicht Rechnung getragen.

Die Tendenz zu mehr Integration und weniger Separation im Schulwesen, die bundesweit zu beobachten ist, wird aber auch vor den Grenzen unseres Landes und den Toren unserer Stadt nicht Halt machen.

Das Sportzentrum kommt. Vorbereitende Planungen werden in diesem Jahr weitergeführt, wir haben einen verlässlichen und fachlich guten Partner damit beauftragt, der in der Vergangenheit in unserer Stadt seine Leistungsfähigkeit bewiesen hat. Die zwischen Velberter Vereinen im Bereich Leichtathletik, Handball, Turnen und Basketball geführten Fusionsgespräche passen gut in die örtliche Sportlandschaft und zum Sportzentrum. Die geplante Sanierung des Sportplatzes in Birth zeigt deutlich, dass wir andere Sportstätten dabei nicht vernachlässigen.

Mit dem Anbau einer Turnhalle an der Halle Donnerstraße bieten wir den Vereinen einen guten Ersatz für die weggefallenen Übungsräume im Bürgerhaus. Vernünftigerweise haben wir uns hier nicht für ein dauerhaftes Provisorium entschieden, sondern eine vollwertige Lösung gefunden.

Die Volkshochschule, unser kommunaler Weiterbildungsträger, hat finanzielle Sicherheit im Bezug auf die städtischen Mittel. Weiterhin aber droht Unheil aus Düsseldorf. Die sowieso schon mehrfach gekürzten Landesmittel werden immer wieder in Frage gestellt, die VHS-Zukunft steht damit auf wackeligen Füßen. Für den Zweckverband Velbert/Heiligenhaus stellt sich noch ein weiteres schwieriges Problem: Keine Veranstaltung in unserer Nachbarstadt Heiligenhaus vergeht in letzter Zeit ohne den Hinweis auf das gerade renovierte neue VHS-Gebäude am Südring. Es ist wirklich sehr ansprechend und funktionell geworden. Immer fällt bei solchen Gelegenheiten der Blick auf Velbert, wo die Volkshochschule über das Stadtgebiet verstreut arbeiten muss. Das kostet Zeit und Geld, ein zentraler Standort muss her.

Für die Neuordnung des Kulturbereiches hatten wir andere Vorstellungen und Vorschläge, als sie von einer Mehrheit dieses Rates nun beschlossen und vollzogen sind. Selbstverständlich sitzen wir jetzt nicht mosernd in der Ecke oder warten gar auf ein Scheitern der Umstrukturierung. Wir werden uns auch in diesem Themenfeld konstruktiv verhalten.

Wir werden darauf achten, dass in allen drei Ortsteilen die Stadtbibliothek ihr gutes Angebot aufrecht erhält und ihre Zusammenarbeit mit Schulen und anderen städtischen Einrichtungen weiter erfolgreich betreibt.

Die Musik- und Kunstschule steht vor einem Wechsel ihrer Leitung. Als quasi letzte große Idee, kurz bevor er in den wohlverdienten Ruhestand geht, hat uns Herr Küpper sein Projekt „Musik für jedes Kind“ vorgestellt. An Velberter Grundschulen soll durch Personal der Musik- und Kunstschule für Erstklässler musikalische Früherziehung angeboten werden, der im nächsten Jahr Instrumental- oder Gesangsunterricht folgt. Eine zweijährige Testphase läuft im nächsten Schuljahr an, so der einmütige Beschluss des Rates. Wir Sozialdemokraten würden uns zwar wünschen, dass dieses Angebot als Bestandteil des Schullehrplanes kostenfrei für wirklich jedes Kind zur Verfügung steht, sehen in dem vorgeschlagenen Weg aber einen guten Anfang. Wir hoffen darauf, dass die zunächst auf das Ruhrgebiet beschränkte Aktion des Landes „Jedem Kind ein Instrument“ den Aussagen des Ministerpräsidenten gemäß auf ganz NRW ausgedehnt wird. Wir in Velbert haben dann bereits gute Vorarbeit geleistet.

Der Eigenbetrieb „Kultur- und Veranstaltungsbetrieb Velbert“ KVBV hat seine Arbeit aufgenommen. Vernünftig und von uns befürwortet ist die Zusammenfassung der Veranstaltungshäuser in einer organisatorischen Einheit.

In den Gremien dieser Institution werden wir darauf achten, dass das kulturelle Profil unserer Stadt mit seiner Ausrichtung auf Kinder- und Jugendkultur nicht unter zu starker Betonung der ökonomischen Aspekte des Betriebes leidet.

Das Schloss- und Beschlägemuseum ist jetzt Chefsache. Seine Weiterentwicklung und vor allem seine Vermarktung bekommen dadurch noch einmal einen besonderen positiven Schub, so hoffen wir Sozialdemokraten.

Das Klinikum Niederberg befindet sich im Insolvenzverfahren. Das Ende der Krise ist aber absehbar, bis Mitte des Jahres soll das Verfahren beendet sein. Einen erheblichen Beitrag zur Gesundung hat das solidarische Verhalten der Beschäftigten besonders im Pflegebereich geleistet. Die Sanierung kann so wohl ohne betriebsbedingte Kündigungen erfolgen. Der Dank geht an die Belegschaft und die Geschäftsführung. Unsere Fraktion ist immer für eine kommunale Trägerschaft des Klinikums eingetreten, das bleibt so. Die Kaufangebote privater Klinikbetreiber lehnen wir selbstverständlich ab, sie zeigen aber, dass das Klinikum Niederberg ein „begehrtes“ Haus ist.

Zum Schluss bekräftige ich noch einmal die Zustimmung der SPD zum Haushalt 2007. Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Ihnen, Frau Stock, für die gute Vorarbeit. Sollten dann im nächsten Haushaltsplanentwurf die auch in den Vorjahren schon geforderten ausführlicheren Erläuterungen und Vergleichszahlen als zusätzliche Information beigefügt sein, würde uns das die Beschäftigung mit dem Haushaltsplan weiter erleichtern.

Der Kabarettist Werner Finck hat einmal über den kommunalen Haushalt gesagt: „Ein Haushalt, in dem alle essen möchten, aber niemand Geschirr spülen will.“ Wir Sozialdemokraten helfen auch beim Aufräumen.

Danke für die Aufmerksamkeit.